



Inhalt

Einkommensrunde 2021

[Proteste nach erster Verhandlungsrunde – Silberbach warnt vor schwierigen Verhandlungen](#)

Einkommensrunde 2021

[Hessen: Finale Verhandlungen gestartet](#)

dbb jugend

[Arbeitsschutz muss auch seelische Gesundheit im Blick haben](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Gewalt gegen Staatsbedienstete verurteilt](#)

komba

[Hemsing: Pflegeberufe müssen deutlich attraktiver werden](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Verkehrsverstöße: Änderungen beim Bußgeldkatalog begrüßt](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Corona-Pandemie: Unzufriedenheit mit Kultusministerkonferenz](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Verkehrsverstöße: Änderungen beim Bußgeldkatalog begrüßt](#)

Namen und Nachrichten

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2021

Proteste nach erster Verhandlungsrunde – Silberbach warnt vor schwierigen Verhandlungen

Nach dem enttäuschenden Auftakt der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder am 8. Oktober gibt es nun Proteste der Beschäftigten.

„Das war ein offener, argumentativer Schlagabtausch. Wir liegen weit auseinander und das bei komplizierten Problemen“, kommentierte dbb Chef Ulrich Silberbach den Verhandlungsauftritt. Die Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) würden hohe Hürden vor einer Einigung aufbauen, so der dbb Bundesvorsitzende. „Das Mantra der leeren Kassen wird durch die Wiederholung nicht besser und hilft überhaupt nicht dabei, den öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig in der Nachwuchsgewinnung und leistungsgerecht in der Bezahlung aufzustellen. Die Arbeitgeber schneiden sich letztlich ins eigene Fleisch, sie merken es nur noch nicht.“ Die 5-Prozent-Forderung der Gewerkschaften sei deshalb mehr als angemessen. Silberbach: „Wenn wir die aktuelle Inflationsrate berücksichtigen, muss das Verhandlungsergebnis am Ende sehr nah an unserer Forderung liegen.“

Besonders groß ist der Unmut darüber, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) als Arbeitgeber weiterhin auf eine Neuregelung beim sogenannten Arbeitsvorgang besteht. „Die Arbeit auf vielen Stellen soll damit entwertet werden. Doch diesen Angriff auf die Eingruppierung und damit die Bezahlung werden wir nicht hinnehmen“, machte dbb Tarifchef Volker Geyer am 12. Oktober 2021 in Berlin deutlich. „Diese Gegenforderung der Arbeitgeber ist dazu geeignet, die in den letzten Jahren mühsam erkämpfte Aufwertung der Jobs im öffentlichen Dienst zunichte zu machen. Auch unsere aktuelle Forderung nach 5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 150 Euro mehr, würde mit dieser Abwertung durch die Hintertür konterkariert.“

Um auf die wichtige Arbeit der Beschäftigten, aber auch auf die Probleme in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes aufmerksam zu machen, führt der dbb mit seinen Fachgewerkschaften nun Branchen-Aktionstage durch. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Forstleute (www.bdf-online.de) Ulrich Dohle unterstrich beim Aktionstag seiner Gewerkschaft die Bedeutung einer Einkommenserhöhung für die Fachkräftegewinnung: „Dürre, Stürme und Borkenkäfer führen dazu, dass beispielsweise im Harz der Wald auf gigantischen Flächen leidet.

Die Försterinnen und Förster vor Ort arbeiten am Limit und kommen mit der Arbeit trotzdem nicht hinterher. Wir brauchen mehr Leute – denen wir aber auch etwas anbieten müssen, damit sie zu uns kommen. Ganz abgesehen davon, dass die Leistung der Kolleginnen und Kollegen honoriert werden muss.“

Beim Aktionstag der Gesundheitsberufe am 13. Oktober 2021 machten die Beschäftigten auf die besondere Belastung und den eklatanten Personalmangel in der Branche aufmerksam. Der dbb fordert hier eine Mindesterrhöhung der Einkommen in Höhe von 300 Euro. „Die Gesundheitsberufe brauchen eine echte und dauerhafte Aufwertung. Daher wollen wir auch über die Tarifrunde hinaus eine Zusage der Arbeitgebenden, endlich über Besonderheiten der Branche und notwendige strukturelle Verbesserungen zu sprechen“, erklärten unisono Himmet Ertürk von der vdla (www.vdla-dbb.de) und Jens Schnepel von der GeNi (www.geni-online.de).

„Straßenwärterinnen und Straßenwärter haben einen verdammt harten Job: Bei Wind und Wetter oftmals alleine unterwegs. Oft die ersten an einer Unfallstelle. Selbst immer wieder gefährdet durch die Arbeiten im Verkehr“, erklärte der Vorsitzende der VDStr. (<https://vdstra.de>) Hermann-Josef Siebigtheroth beim Aktionstag seiner Gewerkschaft am 14. Oktober 2021 im Saarland. „Sie haben darüber hinaus sichergestellt, dass auch im Lockdown die Menschen mit den lebensnotwendigen Verbrauchsgütern versorgt werden konnten, weil durch ihre Arbeit unser Straßennetz immer verkehrssicher befahren werden konnte. Für diesen Einsatz haben sie ein anständiges Einkommensplus verdient. 5 Prozent mehr, mindestens aber 150 Euro, sind da nicht übertrieben, sondern absolut angemessen.“

Eine angemessene Erhöhung der Einkommen ist auch für die Lehrkräfte an Berufsschulen von großer Bedeutung, wie der stellvertretende Bundesvorsitzende des BvLB (www.bvlb.de) Wolfgang Lambl anlässlich des bundesweiten Aktionstages seiner Gewerkschaft deutlich machte, der ebenfalls am 14. Oktober 2021 stattfand. In seiner Ansprache in Schweinfurt

hob der Tarifleiter des BvLB hervor: „Die ausgezeichnete berufliche Bildung ist einer der Gründe, warum Deutschland im europäischen Vergleich eine relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit hat. Wenn das so bleiben soll, muss mehr in die heutigen und zukünftigen Lehrkräfte an den Berufsschulen investiert werden – und zwar jetzt! Berufliche Bildung sichert unseren Wirtschaftsstandort.“

Am 16.10. ist darüber hinaus ein Aktionstag der baden-württembergischen Lehrkräfte im Deutschen Philologenverband (www.dphv.de) geplant.

Mehr Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde.de.

Einkommensrunde 2021 Hessen: Finale Verhandlungen gestartet

In Dietzenbach hat die voraussichtlich finale Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Hessen begonnen.

„Wir sind entschlossen, einen starken Tarifabschluss durchzusetzen“, sagte dbb Tarifchef und Verhandlungsführer Volker Geyer am 14. Oktober 2021 zu den Demonstrierenden, die sich am Verhandlungsort versammelten. „Hessen könnte damit bundesweiter Vorreiter für leistungsgerechte Bezahlung im öffentlichen Landesdienst werden. 5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 175 Euro: Das ist unsere Forderung. Heute muss Innenminister Peter Beuth dazu klar Stellung beziehen. Wenn er seiner Verantwortung gerecht wird, können wir gemeinsam ein starkes Signal für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst setzen.“

In ganz Hessen hatten Beschäftigte des Landes am Tag zuvor an Warnstreiks für höhere Einkommen teilgenommen. In Wiesbaden fand eine Großdemonstration statt. „Kurz vor der entscheidenden Verhandlungsrunde untermauern die Kolleginnen und Kollegen heute eindringlich ihre Forderungen“, sagte dbb Tarifchef Volker Geyer vor der Staatskanzlei in Wiesbaden, wo sich nach einem Demonstrationsszug durch die Innenstadt gut 600 Menschen zu einer Abschlusskundgebung versammelten. Der dbb Verhandlungsführer machte dort bereits deutlich, dass er für die am Folgetag beginnende finale Verhandlungsrunde mit Innenminister Peter Beuth nur wenig Spielraum sieht: „Wir treten nicht als Bittsteller an. Wir wissen, was wir wert sind und Hessen ist ein wirtschaftlich starkes Bundesland. Wir erwarten deshalb Respekt, Wertschätzung und Teilhabe.“

Heini Schmitt, der Chef des dbb Landesbundes in Hessen, bekräftigte, dass das auch die Erwartung der hessischen Landes- und Kommunalbeamten ist. Wenn er das weiterhin ernst meint, muss es – wie in der vergangenen Einkommensrunde im März 2019 – nicht nur einen guten Tarifabschluss geben, sondern auch eine verbindliche Zusage, dieses Ergebnis zeitgleich und systemgerecht auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen zu übertragen. Eine angemessene Erhöhung der Tariflöhne und der Beamtenbesoldung haben sich nicht nur die Kolleginnen und Kollegen verdient, sie ist auch unabdingbar für die Gewinnung von Nachwuchskräften.“

Auch in den vorangegangenen Tagen hatte es bereits vielfältige Proteste gegeben. Am 11. Oktober gingen Beschäftigte der Justizvollzugsanstalten I, III und IV sowie dem VCC in Frankfurt auf die Straße. Am 7. Oktober verliehen zahlreiche dbb Gewerkschaften im mittelhessischen Gießen ihren Forderungen Nachdruck. In den Landkreisen Hersfeld-Rothenburg und Werra-Meißner trafen sich am 6. Oktober 2021 die Lehrkräfte der dbb Lehrergewerkschaften vor dem Schulamt, um für die Forderungen sowie die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung auf den Beamtenbereich zu demonstrieren.

dbb jugend

Arbeitsschutz muss auch seelische Gesundheit im Blick haben**Zum internationalen Tag der seelischen Gesundheit fordert die dbb jugend, psychische Belastungen in Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement stärker als bisher zu berücksichtigen.**

„Es ist kein Geheimnis, dass psychische und seelische Erkrankungen insbesondere bei jungen Menschen zunehmen“, sagte dbb jugend Chefin Karoline Herrmann anlässlich des Internationalen Tags der seelischen Gesundheit am 10. Oktober 2021 in Berlin. Die Gesundheitskasse AOK weist für den Zeitraum von 2014 bis 2018 einen Anstieg um rund 30 Prozent aus, „und die Lage hat sich durch die Corona-Pandemie weiter zugespitzt“, so Herrmann.

„Die Unsicherheit, wie es nach dem Lockdown weitergeht, die soziale Isolation und auch Befürchtungen, nach der Ausbildung nicht übernommen zu werden, haben viele junge Menschen während der Pandemie stark belastet. Zudem hören die Sorgen junger Menschen zu Beginn ihres Berufslebens ja auch nach der Pandemie nicht auf. Insbesondere im öffentlichen Dienst, Spitzenreiter bei befristeten Arbeitsplätzen, ist leider keinerlei Trendwende abzusehen, was die zögerliche Übernahme von Berufsnachwuchs angeht – Personalmangel hin oder her. Zu verstehen ist das nicht. Die dbb jugend fordert seit Jahren eine verbindliche Übernahme aller Anwärterinnen und Anwärter und aller Azubis. Der öffentliche Dienst, dem aktuell schon mehr als 300.000 Beschäftigte fehlen und dem in den kommenden Jahren durch Ruhestandseintritte ein nie dagewesener Brain-Drain droht, braucht die-

ses Personal dringend. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur unverantwortlich, wenn der Staat zwar ausbildet, aber nicht nachhaltig übernimmt, sondern auch schädig und psychisch verletzend für die jungen Menschen, die sich in den Dienst der Menschen stellen möchten und diese Entscheidung ganz bewusst getroffen haben“, kritisierte Herrmann.

„Ein weiteres Problem sind die zunehmenden gewaltsamen Angriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Verbale und tätliche Attacken schlagen natürlich aufs Gemüt, ebenso unzufriedene Bürgerinnen und Bürger, die sich über zu viel Bürokratie und zu wenig digitale Dienste beschweren – Dinge, unter denen auch die Beschäftigten selbst leiden. Viele Kolleginnen und Kollegen, auch jüngere, sind zunehmend von stressbedingten Diagnosen wie Burnout oder psychosomatischen Erkrankungen betroffen. Das können wir und insbesondere die Arbeitgebenden und Dienstherrn nicht einfach so weiterlaufen lassen. Es braucht eine Enttabuisierung psychischer Erkrankungen und ihrer Therapien. Arbeitsschutz und betriebliches Gesundheitsmanagement müssen die seelische Gesundheit der Beschäftigten stärker als bisher berücksichtigen und zum Gegenstand von Präventionsmaßnahmen machen“, forderte Herrmann.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Gewalt gegen Staatsbedienstete verurteilt**Der DBB NRW warnt, die Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und Vertretern der Politik nehme „immer schlimmere, nicht mehr hinnehmbare Ausmaße an“.**

Zuletzt skandierten Vermummte am 10. Oktober 2021 ihre politischen Parolen vor dem Privathaus von Innenminister Herbert Reul und zündeten Bengalos. „Ein Angriff auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die gewählten Politiker ist immer auch ein Angriff auf unsere Demokratie“, so Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW Beamtenbund

und Tarifunion. Derartige Gewaltexzesse wie die im Fall des Ministers Reul hätten mit politischem Diskurs rein gar nichts mehr zu tun: „Hier werden Menschen persönlich eingeschüchtert und bedroht“.

Der DBB NRW fordert deshalb ein konsequentes Vorgehen mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln gegen die Straftäter. „Hier ist entschlossenes Handeln gefragt,

damit unsere Demokratie nicht ins Wanken gerät“, so Staude.

komba

Hemsing: Pflegeberufe müssen deutlich attraktiver werden

Steigende Patientenzahlen, überschrittene Höchstarbeitszeiten, keine Pause – stattdessen einen immer größer werdenden Mangel an Pflegekräften: Alltag für zahlreiche Beschäftigte in der Pflege in Deutschland. Angesichts dieser Lage fordert die komba gewerkschaft eine Aufwertung des Berufsfeldes.

„Die Baustellen sind zahlreich und die Herausforderungen für die Zukunft des Pflegeberufs allein durch den demografischen Wandel groß. Politik und Arbeitgeber sind gefragt, jetzt dringend zu handeln und endlich angemessene Einkommens- und Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Pflegeberuf deutlich attraktiver zu machen“, so Andreas Hemsing, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft, zum deutschen Tag der Pflege am 14. Oktober 2021. „Dabei fordern wir unter anderem aufgabengerechte Personalbemessungen für die professionelle Pflege in den Einrichtungen, ausreichend Gesundheitsschutz und -förderung, modernere und nachhaltige Ausbildungsmöglichkeiten und die Einbeziehung der Digitalisierung. Alles wichtige Grundvoraussetzung

dafür, dass die Pflegefachkräfte ihre hochqualifizierte Arbeit erbringen können und der Pflegeberuf zu einem attraktiven Arbeitsplatz wird.“

Die Beschäftigten, die sich täglich um das gesundheitliche und seelische Wohl anderer Menschen kümmern, leisteten einen außerordentlich wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und das Zusammenleben. Hemsing: „In der Pflege zu arbeiten bedeutet Durchhaltevermögen, Ausdauer, Leidenschaft und Hingabe. Der Pflegeberuf ist und bleibt eine Berufung und wir können von Glück sagen, dass es diese Menschen gibt. Grund genug, den zahlreichen Pflegekräften in Deutschland für ihre wertvolle Arbeit zu danken!“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Verkehrsverstöße: Änderungen beim Bußgeldkatalog begrüßt

Die DPoIG hat den Beschluss des Bundesrates begrüßt, wonach durch eine Änderung des Bußgeldkatalogs künftig Verkehrsverstöße härter sanktioniert werden sollen. „Damit herrscht endlich Rechtsklarheit“, sagte DPoIG Chef Rainer Wendt am 8. Oktober 2021.

Inhaltlich hätte sich die DPoIG jedoch schärfere Sanktionen vorstellen können. Statt der ursprünglich vorgesehenen Fahrverbote für bestimmte Geschwindigkeitsverstöße seien nun lediglich höhere Geldbußen vorgesehen.

„Wenn bei Geschwindigkeitsüberschreitungen von immerhin 21 km/h innerorts beziehungsweise 26 km/h außerorts erst dann ein Fahrverbot droht, wenn sie vor Schulen, Kitas oder Pflegeeinrichtungen begangen wurden, kann das von Schnellfahrern missverstanden werden. Dann geht der Fuß sofort nach der Schule wieder aufs Gaspedal, weil man glaubt, die Gefahr sei vorbei. Und da sind Kinder dann auf dem Weg nach Hause und werden höheren Gefahren ausgesetzt. Wirklich Sinn macht das nicht, zumal das Risiko für Fußgänger und

Radfahrer, getötet zu werden, bei derartigen Geschwindigkeitsüberschreitungen erheblich steigt.“

Im ersten Halbjahr 2021 sind in Deutschland 1.128 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben gekommen. Das waren 162 Personen weniger als im 1. Halbjahr 2020. „So erfreulich sich diese Entwicklung anhört, ist sie leider nicht auf größere Regelbeachtung zurückzuführen, sondern auf weniger Straßenverkehr infolge der Corona-Pandemie. Wir müssen also künftig leider wieder mit steigenden Zahlen rechnen“, so Wendt.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Corona-Pandemie: Unzufriedenheit mit Kultusministerkonferenz

Der VBE hat der Einschätzung der Kultusministerkonferenz (KMK) widersprochen, dass es zuletzt gelungen sei, bundesweit flächendeckend Präsenzunterricht trotz der Corona-Pandemie sicherzustellen.

„Den Schulen in Deutschland ist nur zu wünschen, dass die Wahrnehmung der Kultusministerkonferenz bald auch dem tatsächlichen Schulalltag entspricht. Momentan scheint dies jedoch nicht der Fall zu sein. Wenn in dem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) steht, dass es gelungen ist, ‚durchweg in allen Ländern vollständigen und kontinuierlichen Präsenzunterricht sicherzustellen‘ sollten sich die Kultusministerien dringend mit den Schulen und Schülergruppen in Verbindung setzen, die immer wieder in Quarantäne gesetzt werden. Es wäre besser gewesen, wenn anerkannt würde, dass eben noch immer kein normaler Regelunterricht stattfindet, so sehr auch die Lehrkräfte sich dies wünschen würden. Auch die Umsetzung des Aufholprogramms ist

längst nicht so weit vorangeschritten, wie es der Beschluss suggeriert. Das liegt schlicht daran, dass Schulleitungen und Lehrkräfte mit der Umsetzung alleingelassen werden. Nicht zuletzt können die meisten Schülerinnen und Schüler eben nicht von ‚vielfältigen zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen‘ profitieren, da hierfür Ressourcen und Personal fehlen“, so der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 8. Oktober 2021. „Die sowieso schon aufgrund des Lehrkräftemangels unterbesetzten Kollegien sollen nun nicht nur zum Alltagsgeschäft zurückkehren, sondern auch noch Sonderförderung gewährleisten?! Wie soll das ohne zusätzliches Personal, vor allem in multiprofessionellen Teams, gelingen?“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Verkehrsverstöße: Änderungen beim Bußgeldkatalog begrüßt

Der BDZ hat seine Vorstellungen zur Zukunft der Zollverwaltung sowie der Förderung der Beschäftigten des Zolls und der Bundesfinanzverwaltung in einem Positionspapier zusammengefasst. Auf dieser Basis führte der BDZ auch während der laufenden Sondierungen und bei möglichen Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung politische Gespräche.

„Wir wollen flexiblere Fortkommensmöglichkeiten für alle Zöllnerinnen und Zöllner. Eine einseitige Betrachtung des Zolls führt zur Zersplitterung unserer Aufgabenfelder und wird im Ergebnis der Sache sowie den Interessen des Personals nicht gerecht“, betont Bundesvorsitzender Dieter Dewes am 11. Oktober 2021. Es brauche endlich den Mut, Entscheidungen an den verantwortlichen Stellen des Bundesfinanzministeriums und des Zolls zu treffen, da zukunftsweisende Investitionen in Personal,

Digitalisierung und materielle Ausstattung keinen weiteren Aufschub dulden würden.

Der BDZ hat seine klaren Vorstellungen für die anstehende Legislaturperiode in den Bereichen „Investitionen“, „Digitalisierung“, „Effizientere Geldwäschebekämpfung; Erfordernis eines FIU-Gesetzes“ sowie „Strukturelle Ausrichtung: Zoll stärken statt strukturell schwächen“ ausgeführt. Mehr dazu gibt es unter [bdz.eu](https://www.bdz.eu).

Namen und Nachrichten

Der Chef des dbb Landesbundes in Baden-Württemberg (BBW) **Kai Rosenberger** hat beim traditionellen BBW-Herbstfest am 11. Oktober 2021 mit Blick auf die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder eine zeit- und

wirkungsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Besoldung und Versorgung gefordert. Außerdem bekräftigte er die Ablehnung des BBW gegenüber dem Hamburger Modell und dem geplanten Antidiskriminierungsgesetz.

Termine:

21. Oktober 2021

dbb jugend Ideencampus „Extrem menschlich“

<https://www.dbb-jugend.de/events/ideencampus-extrem-menschlich.html>

1. und 2. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde
